



Herrn  
Landrat  
Roland Bernhard

Fraktionsvorsitzender  
Helmut J. Noe  
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130  
email:hrnoe@yahoo.de

10. März 2017

Sehr geehrter Herr Landrat,

für die CDU-Fraktion stellen wir folgenden Antrag zum Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses, Kreistagsdrucksache 056/2017,

Empfehlung an den Kreistag:

1. Wie Beschlussantrag
2. Der Kreistag beschließt die Ausweisung von Deponieflächen für die Unterbringung von Erd- und Bauschuttmengen für den Kreis Böblingen.
3. Der AWB wird beauftragt, die Erd- und Bauschuttmengen für den langfristigen Deponiebedarf durch einen externen Gutachter bewerten zu lassen. (Deponiebedarf nur für den Kreis Böblingen).
4. Dem Kreistag sind die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie das Gutachten des Büros ICP, Ingenieurgesellschaft Prof. Czurda und Partner mbH Karlsruhe vorzulegen.
5. In der Kreistagssitzung am 27. 3. 2017 wird das Gutachten des Büros ICP vorgestellt.
6. Der Werksausschuss wird über weitere tiefer gehende gutachterliche Untersuchungen einzelner Standorte beraten und dem Kreistag zur

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858

2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de

3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de

Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de

Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail [claus.unger@ehningen.de](mailto:claus.unger@ehningen.de)

Beschlussfassung empfehlen. Es sind mehr als die 5 genannten Standorte zu untersuchen. Die Untersuchungen sind durch einen externen Gutachter vorzunehmen.

7. Der Gutachter soll weiter untersuchen, ob die Umweltverträglichkeit einzelner Standorte deutlich erhöht werden könnte, wenn je Standort ein deutlich kleineres Volumen umgesetzt würde.

**Begründung:**

Der AWB hat durch das Büro ICP Standortuntersuchungen vornehmen lassen. In der Kreistagsdrucksache 056/2017 ist nun dargelegt, dass fünf verbleibende Standorte zur weiteren Untersuchung empfohlen werden.

Das Gutachten der Firma ICP sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sind dem Kreistag seither nicht zur Verfügung gestellt worden.

Es wird beantragt, dies nachzuholen, damit der Kreistag nachvollziehen kann, wie der Gutachter zu seinem vorläufigen Standortergebnis kommt.

Für ein transparentes Verfahren ist die Vorlage des Gutachtens und der Stellungnahmen sehr wichtig. Dies auch deshalb, weil die Gemeinderäte der betroffenen Standortkommunen – soweit bekannt – die Ausweisung von Deponieflächen auf ihren Gemarkungen ablehnen.

Es sind deshalb weitere Standorte zu untersuchen.

Aus der Drucksache geht außerdem hervor, dass vorhandene Deponien und Steinbrüche nicht im Untersuchungsauftrag enthalten sind. Diese Untersuchung muss nach geholt werden.

Die Unterbringung von Erdaushub und Bauschutt für Lärmschutzmaßnahmen ist außerdem im weiteren Verfahren zu untersuchen.

Wenn Erdaushub und Bauschutt für Lärmschutzmaßnahmen verwendet werden könnten, würde das die Deponieflächen verringern

Weiter ist die Frage zu prüfen, ob nicht z. B. zwei Deponiestandorte im Kreisgebiet möglich und sinnvoll wären.

Die Reduzierung des Volumens an einzelnen Standorten ermöglichte u. U. die zeitlich versetzte Nutzung von zwei oder weiteren Standorten. Dies hätte zur Folge, dass die betroffenen Standort-Kommunen nicht so stark belastet würden.

Aus all den vorgetragenen Fragestellungen wird deutlich, dass die Ausweisung von Deponieflächen, mit bisher ca. 30 – 40 ha in Waldgebieten, eine wichtige Kreisaufgabe darstellt. Eine Behandlung im Kreistag versteht sich deshalb von selbst. (Die Drucksache 56/ 2017 sieht nur eine Behandlung im UVA vor)

Die CDU-Fraktion bekennt sich zu dem Ziel, Deponieflächen zu schaffen. Für den Wirtschaftsstandort Kreis Böblingen ist dies von Bedeutung.

Dies kann aber nur dann gelingen, wenn alle Städte und Gemeinden auf diesem Wege mitgenommen werden. Die angestrebte Bürgerbeteiligung, die die Verwaltung vorschlägt, wird außerdem begrüßt.

Helmut J.Noë, Claus Unger